

# BEBAUUNGSPLAN "KIRCHENSTRASSE MIT ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES ST. ANNA LEITE" mit integriertem Grünordnungsplan


## A. Präambel

Aufgrund des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20.07.2017, der Bauutzungsverordnung (BauVVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 04.05.2017, der Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18.12.1990, geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04.05.2017, der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.08.2007, zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 12.07.2017, des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29.07.2009, zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 17.08.2017 sowie des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) vom 23.02.2011, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13.12.2016 wird nach der Beschlussfassung durch den Gemeinderat vom 09.11.2018 folgende Satzung über den Bebauungsplan „Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplanes St. Anna Leite“ mit integriertem Grünordnungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (mit zeichnerischen Festsetzungen und Planzeichnerklärung) und den textlichen Festsetzungen, erlassen.

## B. Textliche und zeichnerische Festsetzungen

### I. Planungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 und 1 a Baugesetzbuch (BauGB) und Bauutzungsverordnung (BauVVO)

#### 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1-11 der BauVVO)


	Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauVVO)
---	-------------------------------------

Zulässig sind die in § 4 Abs. 2 Nr. 1 - 3 aufgeführten Nutzungen.

#### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 - 21a der BauVVO)

2.1 Grundflächenzahl  
z. B. 0,35 Grundflächenzahl als Höchstmaß (§§ 16, 17 und 19 BauVVO)

Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten um bis zu 50 vom Hundert überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8; weitere Überschreitungen in geringfügigem Ausmaß können zugelassen werden (§ 19 Abs. 4 BauVVO).

2.2		Geschossflächenzahl als Höchstmaß (§§ 16, 17 und 20 BauVVO)
2.3	III	maximal zulässig sind drei Vollgeschosse

2.4	Nutzungscharakter:	Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse
		Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl
		Bauweise	Dachgestaltung

2.5 Beschränkung der Anzahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6)  
3 WE Es sind maximal 3 Wohneinheiten pro Wohngebäude zulässig.

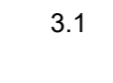
2.6 Höhe der Gebäude  
Die maximale Firsthöhe wird für III Vollgeschosse mit 8,30 m über der fertigen Erdgeschossfußbodenoberkante festgelegt.

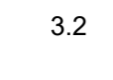
2.7 Höhenlage der Gebäude  
Die Höhe der Oberkante des fertigen Fußbodens des Erdgeschosses wird mit max. 0,3 m über der Straßenerkante für in Bezug auf die Straße teilweise liegende Häuser und mit max. 0,3 m über natürlichem Gelände für in Bezug auf die bergseitig liegenden Häuser festgesetzt. Bezugspunkt sind der Mittelpunkt des Gebäudes und der zur Gebäudemitte nächstliegende Punkt auf der Grenze zwischen Straße und Grundstück. Sollten zwei Straßen den gleichen Abstand zum Gebäudemittelpunkt aufweisen, ist der höher gelegene Bezugspunkt zu wählen.

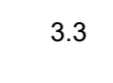
Bei der Entwässerung tiefliegender Räume ist unbedingt DIN 1986-100 (Schutz gegen Rückstau) zu beachten.

2.8 Ausrichtung der Gebäude  
Versezte Putzdächer müssen so angeordnet sein, dass die niedrigere Dachfläche der als Erschließung dienenden Straße zugewandt ist. Eine Drehung um 90° ist zulässig.

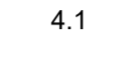
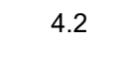
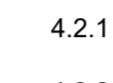
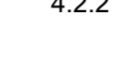
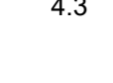
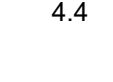
3. Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauVVO)

3.1  Offene Bauweise nach § 22 Abs. 2 BauVVO

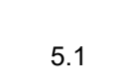
3.2  nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

3.3  Baugrenze

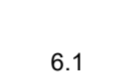
4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

- 4.1  Straßenverkehrsfläche
- 4.2  Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung
- 4.2.1  öffentliche Parkfläche
- 4.2.2  Unterhaltungsweg
- 4.3  Straßbegrenzungslinie
- 4.4  Ein- bzw. Ausfahrten

5. Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und 14 und Abs. 6 BauGB)



5.1  Trafostation

6. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

6.1  Öffentliche Grünflächen

6.1  Wasserfläche (Regenrückhaltebecken)

8. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

- 8.1  zu pflanzende Bäume gem. der Gehölzliste ohne Standortbindung
- 8.2  zu pflanzende Sträucher gem. der Gehölzliste ohne Standortbindung

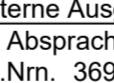
8.3 Bepflanzungen  
Die Bepflanzung der öffentlichen Grundstücke mit Gehölzen ist auf Basis der festgesetzten Gehölzliste (Anhang) in der dort angegebenen Qualität durchzuführen. Anpflanzungsgebiete auf öffentlichen Flächen müssen zeitgleich mit der Errichtung der Erschließungsanlagen durchgeführt werden.  
Zusätzlich wird festgelegt, dass pro 350 m² Grundstücksfläche entweder ein großkröniger Laubbaum oder Obstbaum nach der Gehölzliste (Anhang) in der dort angegebenen Qualität gepflanzt werden muss oder ein bestehender Obstbaum erhalten wird. Das Anpflanzungsgebot auf privaten Baugrundstücken muss bis zur Schlussabnahme der Gebäude vollzogen sein.

8.4 Befestigungen  
Alle befestigten Flächen, auf denen keine grundwasserschädlichen Stoffe anfallen, sind wasserdurchlässig herzustellen.

8.5 Beleuchtung  
Für die Ausleuchtung des Baugebietes sind zum Schutz nachtaktiver Schmetterlinge und anderer Insekten Natriumdampf-Niederdrucklampen (NA 35 W) oder energieeffiziente LED-Leuchten zu verwenden. Das Licht sollte nur nach unten ausstrahlen (Leuchtenkörper mit planer Abdeckung), die lichtdurchlässige Abdeckung der Leuchtkörper aus Glas (kein Plexiglas) bestehen und die Lüftung über feine Bohrungen (keine Schlitze) erfolgen. Die Leuchten sollten so niedrig wie möglich installiert werden, um die Fernwirkung zu reduzieren. Sämtliche Lampentypen, die im Blaubereich abstrahlen wie z.B. superaktinische Röhren, Quecksilberdampflampen usw. sind unzulässig. Für die Ausleuchtung der Privatgrundstücke gelten diese Festsetzungen als Empfehlung.

8.6 Maßnahmen zum Artenschutz  
Die Rodung des Gehölzbestandes und der Oberbodenabtrag darf zum Schutz von brütenden Vögeln nur im Zeitraum von 01.10 bis 28.02 erfolgen.

8.7 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

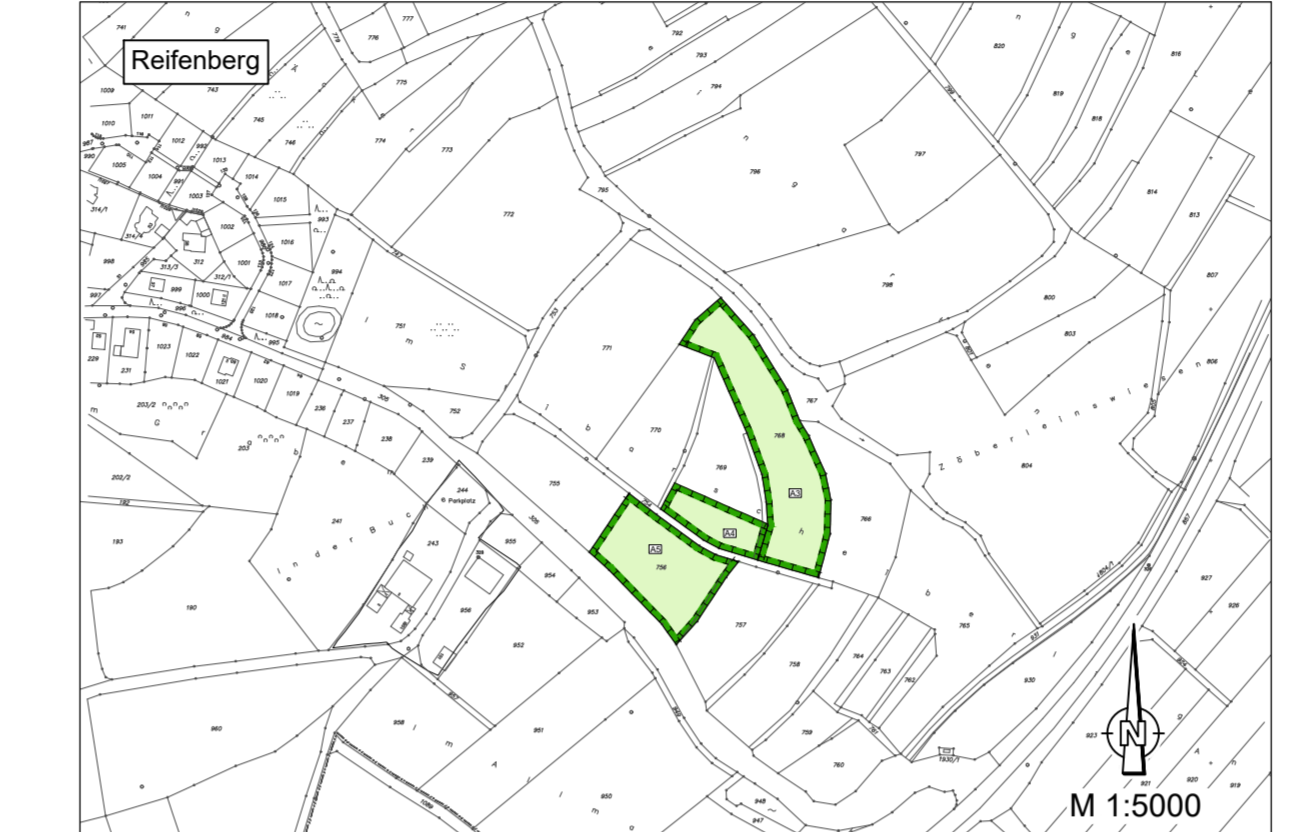
**Interne Ausgleichsflächen:**  
In Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde können die Regenrückhaltebecken (Teilflächen der Fl.Nrn. 369/4, 369/10 und 369/11 der Gemarkung Oberweilersbach und Teilflächen der Fl.Nrn. 594, 598, 599, 601, 601/1 und 601/2 der Gemarkung Unterweilersbach) als Ausgleichsfläche (A1) herangezogen werden. Die Gesamtfläche beträgt ca. 4931 m².  
Eine weitere Ausgleichsfläche (A2) befindet sich auf einer Teilfläche der Flurstücksnummer 597 (Gemarkung Unterweilersbach). Derzeit als extensives Grünland genutzt, wird die Fläche (ca. 536 m²) mit Hecken und Gebüsch bepflanzt.

**Ausführung und Pflege**  
**A1:** Die Regenrückhaltebecken werden in Erdbauweise ausgeführt und die Sohle naturnah gestaltet, indem Tümpel unterschiedlicher Größe angelegt werden und der anfallende Bodenaushub in Form von Erd(quer)dämmen so eingebaut wird, dass eine stufenweise Wasserrückhaltung ermöglicht wird. Auf diese Weise entstehen temporäre Kleingewässer, die vor allem für Amphibien neuen Lebensraum schaffen und den ökologischen Wert der Wasserrückhaltung erhöhen. Diese Flächen werden ihrer natürlichen Entwicklung überlassen. Es erfolgen zwei Mahden im Jahr ab dem 01.07. und dem 01.10. mit Abfuhr des Mahdgutes. Alle 5 Jahre sowie nach Starkregenereignissen ist die Funktionsfähigkeit der Anlage zu überprüfen und gegebenenfalls zu ertüchtigen.

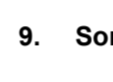
**A2:** Anlage einer Gebüsch- und Heckenlandschaft  
Die Anlage erfolgt durch Bepflanzung mit naturnahen und standortgerechten Büschen sowie Hecken (s. Gehölzliste - Sträucher) in der dort beschriebenen Qualität. Die Pflanzungen sind im Abstand von 1,5 x 1,5 m vorgesehen. Die Pflanzungen werden mit entsprechenden Maßnahmen (wie Einzäunung, Drahtthosen oder Mittel gegen Verbliss) ausreichend gegen Wildverbliss geschützt. Einzäunungen werden nach ca. fünf Jahren wieder entfernt. Um die Entwicklung der Heckenlandschaft zu gewährleisten, sind Maßnahmen (wie Bewässerung) so lange durchzuführen, bis die Landschaft auch ohne Pflege in ihrem Bestand gesichert ist. Die restliche Fläche wird mit einer artenreichen Grünlandsaatmischung angesät und extensiv bewirtschaftet. Dünger und Pflanzenschutzmittel sind unzulässig. Zwei Mahden im Jahr ab dem 01.07. und ab dem 1.10 mit Abfuhr des Mahdgutes oder extensive Beweidung.

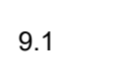
**Externe Ausgleichsfläche:**  
- Fl.Nr. 768 der Gemarkung Reifenberg (A3)  
- Fl.Nr. 769 der Gemarkung Reifenberg (A4)  
- Fl.Nr. 756 der Gemarkung Reifenberg (A5)  
Fläche A3 ist derzeit Wiese. A4 und A5 werden als Ackerflächen genutzt. Die Gesamtfläche beträgt ca. 13.253 m².

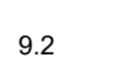
**Ausführung und Pflege**  
Anlage einer Streuobstwiese - Die Obstbäume sind als Hochstämme (Pflanzqualität s. Anhang 1; Gehölzliste Obstbäume) mit einem Abstand von ca. 15 m sowie einem Reihenabstand von 20 - 25 m zu pflanzen und gegen Wildverbliss zu schützen. Die Fläche ist mit einer extensiven Grünlandmischung einzusäen und anschließend extensiv zu bewirtschaften: Düngung und Pflanzenschutz der Bäume nur in Absprache mit dem Kreisfachberater für Obstbau, falls unabhängig zum Erhalt der Bäume. Keine Düngung, kein Pflanzenschutz auf der Wiesenfläche. Es erfolgen zwei Mahden im Jahr ab dem 01.07. und ab dem 01.10 mit Abfuhr des Mahdgutes. Eine Bäumeckenbeweidung ist zulässig.



9. Sonstige Festsetzungen und Planzeichen

9.1  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplanes St. Anna Leite“ (§ 9 Abs. 7 BauGB)

9.2  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes „St. Anna Leite“ (§ 9 Abs. 7 BauGB)

9.3  Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

**Sichtdreiecke**  
Diese Sichtfelder sind von jeder sichtbehindernden Nutzung freizuhalten; Bepflanzungen, Bebauungen und Einfriedungen dürfen eine Höhe von 0,80 m über OK Fahrbahn nicht überschreiten.

9.4 Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen können - soweit sie nach Art. 6 der BayBO in den Abstandsflächen zulässig sind - auch außerhalb der Baugrenzen errichtet werden (§ 23 Abs. 5 BauVVO).

### II. Örtliche Bauvorschriften und gestalterische Festsetzungen gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. Art. 81 der Bayerischen Bauordnung

1. **Dach**
- 1.1 **Dachformen**  
SD, WD, KWD, vPD Zulässige Dachformen: Satteldach, Walmdach, Krüppelwalmdach und verseztes Putzdach
- 1.2 **Dachneigung**  
15° - 48°
- 1.3 **Dacheindeckung**  
Für Sattel-, Wal- und Krüppelwalmdächer gilt:  
Zur Dacheindeckung sind Tonziegel oder Betondachsteine in roter - brauner und grauer - schwarzer Farbe zulässig.  
Darüber hinaus gilt für alle Dachformen:  
Glasierete Tonziegel und Betondachsteine aus unbeschichtetem Kupfer- oder Zinkblech und aus biegehaltigen Materialien sind unzulässig.
- 1.4 **Dachüberstände**  
Die Rodung des Gehölzbestandes dürfen folgende Werte nicht überschreiten:  
- an der Traufe: max. 0,50 m  
- am Ortsgang: max. 0,50 m
- 1.5 **Dachbelichtung**  
Dachaufbauten dürfen je Gebäudeteil ein Drittel der Trauflänge nicht überschreiten.
- 1.6 **Zwerchgiebel**  
Die Errichtung eines Zwerchgiebels (gilt nicht als Dachaufbau) ist bei mittlerer Anordnung zulässig; Breite maximal 40 % der gesamten Dachlänge des Haupthauses.
- 1.7 **Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen**  
Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen von Haupt- und Nebengebäuden sind zulässig. Die Sonnenkollektoren sind im Gefälle der Dachhaut zu verlegen. Die Nutzung von Sonnenenergie wird empfohlen.
2. **Fassaden**  
Fassaden mit auffällig gemauertem Mauerputz und in auffälligen Farben sind nicht zulässig. Des Weiteren sind Häuser mit Holzvertäfelung und Holzhäuser zulässig.
3. **Stellplätze, Garagen und Nebengebäude**
- 3.1 **Anzahl der Stellplätze**  
Pro Wohneinheit sind 2 Stellplätze nachzuweisen. Der Stauraum vor den Garagen zur öffentlichen Verkehrsfläche hin, ist in einer Tiefe von 5,0 m ständig freizuhalten. Dieser gilt nicht als Stellplatz und darf zur öffentlichen Verkehrsfläche hin nicht eingefriedet werden.
- 3.2 **Bauweise**  
Garagen sind nur ohne Kniestock zulässig. Garagen aus Wellblech oder in ähnlich leichter Bauweise sind nicht zulässig.
- 3.3 **Dachform, Dachneigung und Eindeckung**  
Garagen und Nebengebäude sind in Dachform, Dachneigung und Eindeckung dem Hauptgebäude anzupassen. Außerdem sind begrünte Flachdächer für Garagen und Carports zulässig.
- 3.5 **Wintergärten**  
Wintergärten als Anbauten an die Hauptgebäude sind zulässig.

4. **Einfriedungen**  
Zur Einfriedung der Grundstücke sind freiwachsende oder geschnittene, standortgerechte Hecken oder sockellose Holzlatzen- oder Stabmattenzäune bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Trockenmauern aus Naturstein sind zulässig. Die Pflanzen sind gemäß der Gehölzliste im Anhang auszuwählen. Besondere Regelungen für Einfriedungen und Bepflanzungen gelten bei Sichtdreiecken.

5. **Abstandsflächen**  
Die Abstandsflächen gem. Art. 6 BayBO sind auf dem eigenen Grundstück nachzuweisen.

6. **Aufschüttungen und Abtragungen**  
Entlang der Grundstücksgrenzen sind Veränderungen gegenüber der vorhandenen Geländeoberkante unzulässig.

7. **Sonstige gestalterische Festsetzungen**


7.1 **Versorgungsleitungen**  
Oberirdische Versorgungsleitungen (z.B. Strom-, Telefon- oder TV-Leitungen) sind innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes nicht zulässig. In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,3 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien der Telekom vorzusehen.

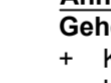
8. **Regenversickerung**  
Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser kann als Brauchwasser verwendet werden. Bei der Nutzung von Regenwässern wird auf die einschlägigen DIN-Vorschriften, Hygienebestimmungen und Auflagen hingewiesen. Der Bau von Zisternen auf den Privatgrundstücken ist zulässig und wird empfohlen.

11. **Aufgefundene Bodendenkmäler** sind der Archäologischen Außenstelle für Oberfranken (Schloss Seehof / Memmelsdorf) anzuzeigen sowie unverändert zu belassen; die Fortsetzung der Erdarbeiten bedarf der Genehmigung. Archäologische Bodendenkmäler genießen den Schutz des BayerDSchG, insbesondere Art. 7 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 1 und 2.

12. **Werden bei Erschließungs- oder Baumaßnahmen Anzeichen gefunden**, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist die Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim unverzüglich zu informieren.

**D. Nachrichtliche Übernahmen**

1.  Biotop

2.  Naturpark „Fränkische Schweiz - Veldensteiner Forst“

3. bestehendes Elektrokabel der Bayerwerk Netz GmbH innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

**Anhang Gehölzliste**  
+ Kennzeichnung als giftige Pflanze: Vor der Verwendung an oder in der Nähe von Kinderspielflächen, Kindergärten und -tagstätten sowie in Hausgärten, die Kindern als Spielort dienen, wird gewarnt. (Quelle: Bekanntmachung einer Liste giftiger Pflanzenarten v. 10. März 1975 des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit)

**Blüme: (Hochstamm 3xv mB STU 14-16 cm bzw. Solitär 3xv mB 250-300 cm)**

<i>Acer campestre</i>	Feld-Ahorn
<i>Acer platanoides</i>	Spitz-Ahorn
<i>Acer pseudoplatanus</i>	Berg-Ahorn
<i>Carpinus betulus</i>	Hainbuche
<i>Prunus avium</i>	Vogel-Kirsche
<i>Prunus padus</i>	Traubenkirsche
<i>Quercus robur</i>	Stiel-Eiche
<i>Sorbus aucuparia</i>	Eberesche
<i>Tilia cordata</i>	Winter-Linde

**Sträucher: (verpflanzte Sträucher 60 - 100 cm)**

<i>Cornus sanguinea</i>	Roter Hartnegel
<i>Corylus avellana</i>	Haselnuß
<i>Crataegus monogyna</i>	Weißdorn
<i>Euonymus europaeus</i>	Gewöhnliches Pfaffenhütchen
<i>Lonicera xylosteum</i>	Gewöhnliche Heckenkirsche
<i>Malus sylvestris</i>	Holz-Äpfel
<i>Prunus spinosa</i>	Schliehe
<i>Pyrus communis</i>	Wild-Birne
<i>Rhamnus catharticus</i>	Fraubaum
<i>Rhamnus frangula</i>	Wilde Stachelbeere
<i>Ribes uva-crispa</i>	Feld-Rose
<i>Rosa arvensis</i>	Hunds-Rose
<i>Rosa canina</i>	Kratzbeere
<i>Rubus caesius</i>	Himbeere
<i>Rubus idaeus</i>	Himbeere
<i>Sambucus nigra</i>	Holunder
<i>Viburnum lantana</i>	Wolliger Schneeball
<i>Viburnum opulus</i>	Gewöhnlicher Schneeball




**Obstbaum-Arten: (Hochstamm STU 8-10)**

Apfel	
Birne	
Süßkirsche	
Walnuß	
Zwetschge	

**Kletter- und Schlingpflanzen (zur Begrünung von Fassaden, Rankgerüsten und Zäunen)**

<b>Selbstklimmend:</b>	
+ Hedera helix	Efeu
+ Parthenocissus quinquefolia 'Engelmannii'	Wilder Wein
+ Parthenocissus tricuspidata 'Veitchii'	Wilder Wein
<b>Rankhilfe erforderlich:</b>	
+ Aristolochia macrophylla	Pfeifenwinde
+ Clematis	Waldrebe
+ Humulus lupulus	Hopfen
+ Lonicera, in Arten	Geißblatt
+ Polygonum aubertii	Knöterich
+ Rosa, in Sorten	Kletterrosen
+ Wisteria sinensis	Blaugreen


## E. Verfahrensvermerk

- Der Gemeinderat von Weilersbach hat in der Sitzung vom 01.08.2017 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Kirchenstraße mit Änderung des Bebauungsplanes St. Anna Leite“ mit integriertem Grünordnungsplan beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 18.08.2018 ortsüblich bekannt gemacht.
  - Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs.1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 01.08.2017 hat in der Zeit vom 28.08.2017 bis einschließlich 28.09.2017 stattgefunden.
  - Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 01.08.2017 hat in der Zeit vom 28.08.2017 bis einschließlich 28.09.2017 stattgefunden.
  - Zu dem Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 13.04.2018 wurden die Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 24.08.2018 bis einschließlich 24.09.2018 öffentlich ausgesetzt.
  - Der Entwurf des Bebauungsplanes in der Fassung vom 13.04.2018 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 24.08.2018 bis einschließlich 24.09.2018 öffentlich ausgesetzt.
  - Die Gemeinde Weilersbach hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 09.11.2018 den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 13.04.2018 als Satzung beschlossen.
- |                                 |   |
|---------------------------------|---|
| Gemeinde Weilersbach, den ..... |  |
| Gerhard Amon                    |   |
| Erster Bürgermeister            |   |
| Gemeinde Weilersbach, den ..... |  |
| Gerhard Amon                    |   |
| Erster Bürgermeister            |   |
| Gemeinde Weilersbach, den ..... |  |
| Gerhard Amon                    |   |
| Erster Bürgermeister            |   |

Gemeinde Weilersbach, den .....

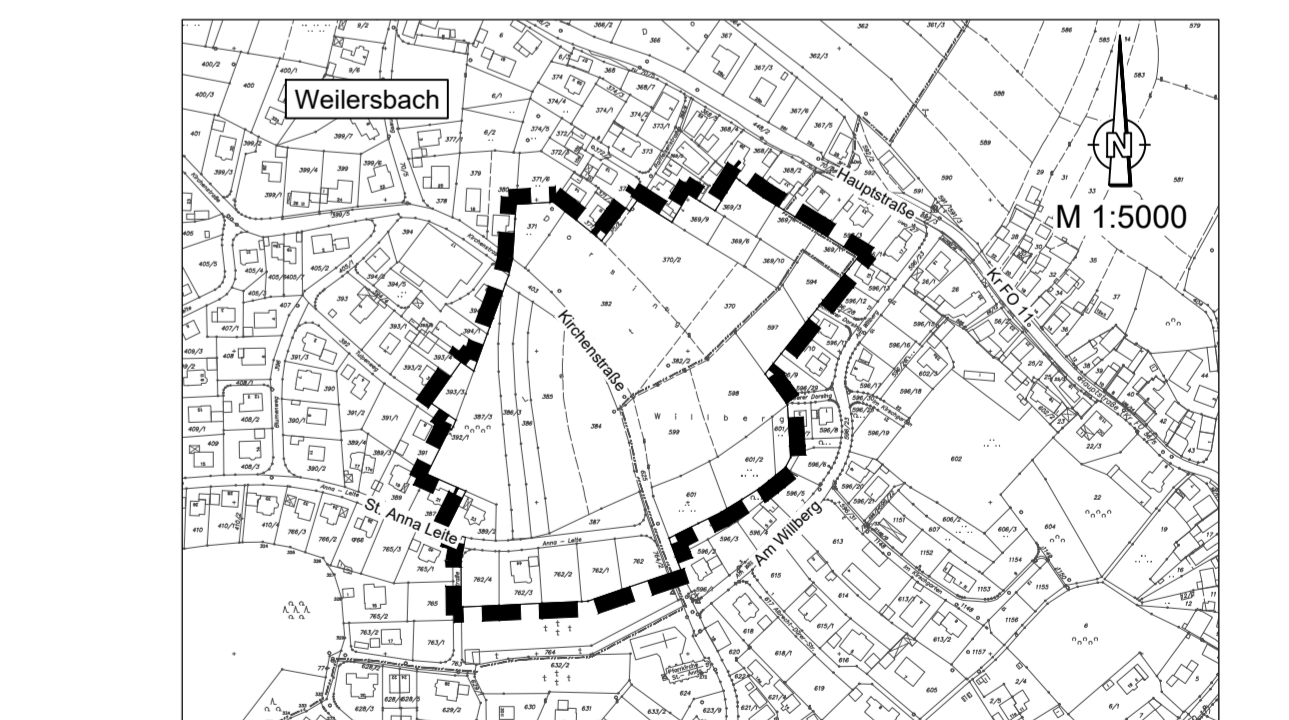

Gerhard Amon
Erster Bürgermeister

Gemeinde Weilersbach, den .....

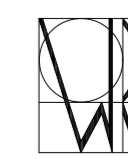

Gerhard Amon
Erster Bürgermeister

## BEBAUUNGSPLAN "KIRCHENSTRASSE MIT ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES ST. ANNA LEITE" MIT INTEGRIERTEM GRÜNORDNUNGSPLAN

## GEMEINDE WEILERSBACH LANDKREIS FORCHHEIM



FASSUNG VOM 13.04.2018  
SATZUNGSBESCHLUSS VOM 09.11.2018

	<b>WEYRAUTHER</b> INGENIEURGESELLSCHAFT mbH 96047 BAMBERG MARKUSSTRASSE 2 TEL.: 0951 980440 FAX: 0951 9800444 
---	---